SSOAR

Open Access Repository

www.ssoar.info

Außenpolitische Fragestellungen im US-Wahljahr 2004: aus amerikanischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2004

Kolkmann, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Kolkmann, M. (2004). *Außenpolitische Fragestellungen im US-Wahljahr 2004: aus amerikanischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2004.* (SWP-Zeitschriftenschau, 09/2004). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-366154

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Zeitschriftenschau

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Außenpolitische Fragestellungen im US-Wahljahr 2004

Aus amerikanischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2004

Michael Kolkmann

Zwei außenpolitische Themen haben sich in den amerikanischen Fachzeitschriften im Laufe der letzten Monate als besonders diskussionswürdig herauskristallisiert. Ganz oben auf der Agenda steht die Situation im Nachkriegsirak und – damit zusammenhängend – die Frage nach den Folgen des Irakkrieges für die Außenpolitik der USA. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Frage, welche Rolle die Außenpolitik im Wahlkampf spielen wird und was von der neuen Administration zu erwarten ist – ob sie nun von George W. Bush oder John F. Kerry angeführt wird.

Nachwirkungen des Irakkriegs

Ein gutes Jahr nach dem Ende der Kampfhandlungen im Irak richtet sich der Fokus vieler Beobachter auf deren Vorgeschichte. Zum einen wird etwa in Journalen wie der *New York Review of Books* und dem *American Prospect* die Rolle der Medien im Vorfeld des Krieges diskutiert, die nach Meinung vieler Beobachter die Kriegsgründe der Bush-Administration nicht kritisch genug beleuchtet hätten. Zum anderen hat sich die Debatte um die Neuordnung der Geheimdienste verschärft, und dies nicht erst durch die im Juli 2004 vorgelegten Berichte des US-Senats zu Versäumnissen der CIA im Vorfeld des Irakkriegs sowie der *National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States* zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Die Versäumnisse der CIA und anderer Geheimdienste werden von **Richard L. Russell** in seinem Artikel »Intelligence Failures« in der Februar/März-Ausgabe der eher konservativ orientierten *Policy Review* behandelt. Russell sieht den Zeitpunkt gekommen, die einzelnen Behörden und Dienste der *Intelligence Community* – zu der neben der CIA die Defense Intelligence Agency, die National Security Agency, das Außen- und Finanzministerium sowie andere Behörden zählen – zu restrukturieren und effizienter zu gestalten. Mit den Ansätzen und Mitteln des Kalten Krieges sei heute etwa einer Organisation wie Al-Qaida nicht mehr beizukommen. Der Autor kritisiert insbesondere die bürokratischen Strukturen der CIA und deren *Top-Down*-Ansatz. Beides binde zu viele personelle und finanzielle Ressourcen, die bei der Beschaffung und Analyse von Infor-

mationen fehlen würden. Aus Furcht vor gegnerischer Spionagetätigkeit würden zudem nicht genug Mitarbeiter nicht-amerikanischer Abstammung angeworben, wodurch man sich um den Nutzen spezifischer Sprach- und Landeskenntnisse bringe. Hektische tagesaktuelle Berichterstattung hätte zudem die mittel- und langfristige Analyse verdrängt. Strategische Warnungen an die Regierung könnten so nur noch selten gegeben werden.

Den Vorschlag, im Rahmen einer Restrukturierung der Geheimdienste den Posten eines *Director of National Intelligence* einzurichten, beurteilt Russell skeptisch. Solange sich an den beschriebenen Defiziten nichts ändere, würde ein solcher Posten die Bürokratisierung der Geheimdienste – dies sei etwa bei der Etablierung des Heimatschutzministeriums zu beobachten gewesen – eher noch fördern.

Die Insider-Perspektive

Zum gleichen Thema findet sich ein Beitrag von **Deborah G. Barger** in der *SAIS Review* vom Winter/Frühjahr 2004. Die Autorin, die im Jahre 2003 *Intelligence Community Fellow* beim Forschungsinstitut RAND war, teilt die Kritik Russels und ergänzt sie um weitere Aspekte. So bemängelt sie eingangs, daß eine Reform der *Intelligence Community* stets nur von außenstehenden Gruppen und Kommissionen erörtert würde. Diese hätten in der Regel kein ausreichendes Fachwissen und stünden der Sache zu distanziert gegenüber. Ihre Empfehlungen beschränkten sich meist darauf, dem CIA-Direktor mehr (oder weniger) Macht zu geben und das Budget seiner Behörde zu erhöhen (oder zu kürzen). Die Rolle der *Intelligence* würde zu selten ins Zentrum der außenpolitischen Debatte gestellt.

Zudem warnt die Autorin davor, über den aktuellen Krieg gegen den Terrorismus andere Krisenherde und Bedrohungen zu vernachlässigen. Hier nennt sie insbesondere die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, die Atomkrise in Nordkorea und die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan. Aufgrund dieser vielfältigen Herausforderungen, so Barger, müßten die Veränderungen in der *Intelligence Community* ähnlich revolutionärer Natur wie die seit 30 Jahren andauernde *Revolution in Military Affairs*. Drei Prämissen müßten die Reformbemühungen prägen: zunächst müsse sich die Diskussion auf die grundlegenden Ziele der Geheimdienste richten, bevor man die konkrete Reform der Dienste in Angriff nehmen könne; dann müsse es einen festen und konstanten Stamm an Personen geben, die den Umbau der Geheimdienste organisierten und überwachten; schließlich müsse eine Methode entwickelt werden, die sicherstelle, daß die spezifischen Reformideen den strategischen Zielen untergeordnet würden.

Gerechtfertigter Präventivkrieg?

Im Gefolge des Irakkriegs ist auch die Diskussion über das Konzept der Prävention reger geworden. In einem Beitrag für die Zeitschrift *Ethics & International Affairs*, Ausgabe 1/2004, kommen die Wissenschaftler **Allen Buchanan** und **Robert O. Keohane** zu dem Schluß, daß präventive Gewaltanwendung unter Umständen gerechtfertigt ist. Präventiv ist der Gebrauch militärischer Gewalt nach ihrer Ansicht dann, wenn er sich nicht gegen einen bereits stattfindenden oder unmittelbar bevorstehenden Angriff richtet, sondern gegen eine potentielle Bedrohung, die später einmal virulent werden könnte.

Die Autoren zeigen eingangs auf, warum die derzeitige Rechtslage für präventive Aktionen unzureichend ist. Insbesondere bei der Entscheidung für militärische Präventivmaßnahmen sehen sie zwei Gefahren: zum einen daß ein Selbstinteresse eines Akteurs dem Gemeinwohl gleichgesetzt wird und auf diese Weise ungerechtfertigte Entscheidungen getroffen werden, und zum anderen daß solche Entscheidungen bestehende institutionelle Normen aushöhlen.

Buchanan und Keohane stellen in dem Beitrag ihre Überlegungen zu einem »kosmopolitischen Verantwortlichkeitsregime« vor, das nach ihrer Ansicht zwei entscheidende Komponenten enthalten muß: erstens gehe es darum, substantielle Standards festzulegen, etwa die Proportionalität der Mittel oder den Schutz der Zivilbevölkerung; zweitens sollten zwei Mechanismen obligatorisch sein: ein Ex-ante-Mechanismus, bei dem der intervenierende Staat Rechenschaft für sein Vorgehen ablegt, alle alternativen Optionen etwa der Diplomatie oder Wirtschaftssanktionen prüft und zu seinem Handeln von anderen Staaten befragt werden kann, sowie ein Ex-post-Mechanismus, bei dem die ergriffenen präventiven Maßnahmen an den vor der Intervention geäußerten Begründungen gemessen werden. Im Mittelpunkt der Überlegungen von Buchanan und Keohane steht eine unparteiische, unabhängige Kommission, vergleichbar etwa dem Weltsicherheitsrat.

Der Vorschlag von Buchanan und Keohane für ein institutionalisiertes Verantwortlichkeitssystem bei Präventivschlägen würde das Konzept des internationalen Regierens ein gutes Stück voranbringen. Die Autoren betonen indes selbst, daß ihr Konzept noch modifiziert und verfeinert werden muß.

Die Zukunft von Bündnissen

Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten im Irakkrieg im wesentlichen unilateral vorgegangen sind, hat auch die Debatte über die Zukunft internationaler Bündnisse belebt. Der in den letzten Jahren häufiger erörterten These, daß die Zeit von Bündnissen wie der Nato zu Ende sei, geht **Kurt M. Campbell** in einem Aufsatz im vom *Center for Strategic and International Studies* herausgegebenen *Washington Quarterly* nach. Für die Zeit des Kalten Krieges unterscheidet Campbell drei Gruppen von Partnern Amerikas: die »Kern-Familie« umfaßte die Nato-Länder plus Japan, Südkorea, die Philippinen und Australien; die »erweiterte Familie« bestand aus Israel, Ägypten, Saudi-Arabien, Bahrain, Singapur, Thailand, Indonesien, Pakistan, Taiwan, Kolumbien und Südafrika; »Freunde und Bekannte« waren Länder ohne formale sicherheitspolitische Arrangements mit den Vereinigten Staaten, beispielhaft Chile.

Seit dem Ende des Kalten Krieges habe sich diese Einteilung verändert, katalysiert und befördert durch die Terroranschläge vom 11. September. Für die Gegenwart spricht Campbell von der »neuen Kern-Familie«, die mit Großbritannien, Australien, Polen, Spanien, Rumänien, Bulgarien, der Tschechischen Republik und Japan deutlich weniger Mitglieder habe als zu Zeiten des Kalten Krieges. Für Deutschland (und Frankreich) konstatiert Campbell eine Verschlechterung der bilateralen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufgrund der abweichenden Haltung zum Irakkrieg. Neben der »neuen Kern-Familie« existierten »neue Freunde« wie Indien, die Philippinen, Usbekistan, Bahrain, Jordanien und Singapur, die im Zeitalter des Krieges gegen den Terrorismus neue strategische Bedeutung erlangt hätten. Daneben gebe es »Affären« etwa mit China, Rußland und Pakistan, die aber zeitlich begrenzt sein dürften.

Diese Veränderungen sind laut Campbell nicht ohne Risiken. So seien etwa im letzten Irakkrieg die finanziellen und personellen Belastungen der Vereinigten Staaten größer gewesen als im ersten Irakkrieg. Zwar gewinne man mit Ad-hoc-Koalitionen ein Maximum an Entscheidungsfreiheit, erhöhe aber zugleich die politischen Kosten, da die Vereinigten Staaten in diesem Fall nicht auf bewährte und eingefahrene Handlungsmuster und -prozesse zurückgreifen könnten. Und schließlich befürchtet Campbell, daß das unilaterale Vorgehen der Bush-Administration gegen den Irak viele Länder vor den Kopf gestoßen hat, die sich nach den Anschlägen vom 11. September noch hinter die USA gestellt hätten. Insofern erweise sich die amerikanische Strategie im Krieg gegen den Terrorismus als kontraproduktiv. Campbell schließt mit dem Fazit, daß internationale Bündnisse

noch nicht tot seien und dann gute Lebensperspektiven hätten, wenn sie in der Lage sind, sich auf neue Bedürfnisse einzustellen.

Außenpolitik im Wahljahr

Da der Irakkrieg auch auf die Innenpolitik zurückwirkt, prägen außenpolitische Fragestellungen den Wahlkampf in stärkerem Ausmaß, als das gewöhnlich der Fall ist. So setzte sich in den Demokratischen Vorwahlen mit John Kerry ein Mann für die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten durch, der als Vietnam-Veteran und langjähriger Senator profunde außenpolitische Kenntnisse besitzt. Auch die Ende Juli auf dem Wahlparteitag der Demokraten verabschiedete Wahlplattform für die Wahl am 2. November 2004 behandelt außenpolitische Positionen an herausragender Stelle. Gleich mehrere Beiträge in amerikanischen Fachzeitschriften beschäftigen sich mit der Frage, was von einer möglichen Kerry-Administration erwartet werden kann. Der Tenor scheint eindeutig zu sein: nahezu alle Autoren warnen davor, von Kerrys Außenpolitik eine deutliche Abkehr von jener George W. Bushs zu erwarten.

Noch sind Kerrys außenpolitische Vorstellungen nicht bis ins letzte Detail ausformuliert. Und noch läßt sich nicht absehen, wer in den führenden Positionen für die Umsetzung der Außenpolitik verantwortlich sein wird. Abzuwarten bleibt auch, ob und inwieweit es dem Demokratischen Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten, Senator John Edwards aus North Carolina, gelingen wird, eigene außenpolitische Positionen in die gemeinsame Kampagne einzubringen. Wie in den Debatten der Demokratischen Präsidentschaftskandidaten im Winter 2003 und Frühjahr 2004 zu erkennen war, weicht Edwards in einigen Punkten mitunter signifikant von Kerrys Positionen ab.

In der mit dem Wahlparteitag eingeläuteten heißen Phase des Wahlkampfs zeichnen sich die groben außenpolitischen Leitlinien einer möglichen Kerry-Administration ab. Bereits in einer Rede vor dem *Council on Foreign Relations* in New York im Dezember 2003, also noch vor seinem Sieg in den Demokratischen Vorwahlen, führte Kerry – laut einem Artikel von **Joshua Micah Marshall** in *The Atlantic* – aus: »Wir Demokratischen Präsidentschaftskandidaten müssen dem amerikanischen Volk mehr anbieten als Verärgerung, mehr als nur Kritik an den politischen Konzepten der Bush-Administration, mehr auch als nur Stückwerk. Es ist unsere Aufgabe, Amerika davon zu überzeugen, daß wir Demokraten verantwortungsbewußte Verwalter unserer nationalen Sicherheit und der Rolle Amerikas in der Welt sind«. Nach Einschätzung von Marshall sind die Demokratischen Außenpolitiker im Gegensatz zu den Republikanern in der Tendenz weniger von ideologischen Positionen dominiert. Ihre Stärken seien technokratische Expertise und prozedurale Kompetenz, sie lägen nicht in Theorien und großen Visionen. So ist es für Marshall kein Zufall, daß zwei wichtige außenpolitische Berater Kerrys, Rand Beers und Flynt Leverett, vor ihrer Mitarbeit bei der Kerry-Kampagne im Nationalen Sicherheitsrat der Administration von George W. Bush tätig waren.

Marshall erwartet, daß Kerry sich auf außenpolitische Konzepte zurückbesinnt, die vor allem in der zweiten Amtszeit Clintons entwickelt wurden, dann jedoch unter dem Eindruck des neokonservativen Aufstiegs um den 11. September 2001 keine Chance auf Umsetzung hatten. Beobachter, die Kerry nur im Vorwahlkampf gesehen und gehört haben, dürften laut Marshall von diesen Konzepten überrascht sein. Denn die Anwendung von militärischer Gewalt wird in ihnen explizit nicht ausgeschlossen, einige Bush-Positionen werden ausdrücklich unterstützt, etwa der Export von Demokratie und politischer Liberalisierung. Unterschiede dürften sich laut Marshall bei der Bedrohungsperzeption zeigen: Gefahren sehen die Demokratischen Außenpolitiker nicht in erster Linie von Staaten ausgehen, wie sie Bush etwa unter

dem Begriff *Axis of Evil* subsumierte. Sie haben eher Gefahren im Auge, die durch die Globalisierung befördert werden, etwa Destabilisierung von Staaten und Waffenhandel. In ihrer Bedrohungsperzeption sieht Marshall denn auch den entscheidenden Unterschied zwischen einer Demokratischen und einer Republikanischen Außenpolitik.

Neue Akzente?

Stärker als die jetzige Administration würde ein Präsident Kerry wohl die Aufgaben der Kriegsnachbereitung betonen, etwa in Afghanistan. Kerrys derzeitigen Beratern sei bewußt, so Marshall, daß es nicht ausreiche, ein diktatorisches Regime abzulösen. Um langfristig Frieden und Wohlstand zu sichern bzw. zunächst einmal zu schaffen, sei nachhaltige Unterstützung etwa im Rahmen eines *Nation-building* notwendig. Im Interesse einer mittelfristigen Stabilisierung des Irak würde Kerry auf eine Internationalisierung der entsprechenden Bemühungen und auf einen breiteren regionalpolitischen Ansatz setzen. *Staying power* statt *firepower* nennt das der Nationale Sicherheitsberater von Präsident Clinton, **Samuel R. Berger**, im Mai/Juni-Heft der Zeitschrift *Foreign Affairs*, in dem er eine Blaupause für eine Demokratische Außenpolitik entwirft.

Ihm antwortet im Folgeheft der gleichen Zeitschrift der Republikanische Senator aus Nebraska, **Chuck Hagel**, mit seinen Ideen für eine zukünftige Republikanische Außenpolitik. Hagel gehört dem Auswärtigen Ausschuß sowie dem Geheimdienstausschuß des Senats an und hat in den letzten Jahren immer wieder kenntnisreich – und dabei durchaus kontrovers – Stellung zu Fragen der Außenpolitik bezogen.

Insgesamt lassen sich in beiden Aufsätzen überraschend große Gemeinsamkeiten bei der Definition künftiger Herausforderungen amerikanischer Außenpolitik erkennen. Hagel sieht im Kampf gegen den Terrorismus ebenso wie Bush die wichtigste Herausforderung der Vereinigten Staaten und damit die Kernaufgabe einer Republikanischen Außenpolitik. Allerdings warnt er davor, diese Aufgabe isoliert zu betrachten. Vor allem müsse die Situation in den Ländern insbesondere des weiteren Mittleren Ostens einbezogen werden. In schwachen und gescheiterten Staaten, nicht in der Rivalität von Globalmächten sieht Hagel die entscheidenden Herausforderungen der nächsten Jahre.

Berger geht von der These aus, daß die Vereinigten Staaten zu keiner Zeit mehr Macht besessen haben und trotzdem derzeit nur wenig Einfluß ausüben können. Die USA könnten gewünschte Prozesse und Ergebnisse der internationalen Politik derzeit zwar erzwingen, ohne andere Länder aber von ihrer Position zu überzeugen. Um dies zu ändern, bedürfe es laut Berger einer grundlegenden Korrektur des außenpolitischen Ansatzes – oder einer neuen politischen Führung. Berger betont, daß auch eine Demokratische Administration zur Anwendung militärischer Gewalt bereit sein würde, notfalls auch im Alleingang. Wichtiger sei es aber, die weltweite moralische und politische Autorität der Vereinigten Staaten zu stärken, damit die Administration bei etwaigen Einsätzen auf größere Unterstützung zählen könne, als sie zuletzt erfahren hat.

Bergers überspitzter These nach finde der oft beschworene *Clash of Civilizations* innerhalb Washingtons statt, und bei dieser Auseinandersetzung zwischen einzelnen Akteuren innerhalb der Regierung gehe es nicht um konkrete politische Rezepte, sondern um grundlegend unterschiedliche Vorstellungen von Amerikas Rolle in der Welt. Zwar sei es richtig, so führt Berger aus, daß man klare Ziele und Ansprüche formuliere und andere Staaten daran messe, ob sie mit ihnen übereinstimmen. Die Bush-Administration habe dies aber nicht nur bei ihren Gegnern, sondern auch bei ihren Freunden getan. Es sei besser, Amerikas Freunde mit starken Argumenten zu überzeugen als mit der amerikanischen Stärke zu argumentieren. So sei es laut

Berger etwa noch vor einer Dekade unmöglich gewesen, in Staaten wie Deutschland und Südkorea mit antiamerikanischen Parolen Wahlen zu gewinnen.

Eine Demokratische Regierung, so schließt Berger seine Überlegungen ab, würde auch nicht so lange warten, bis Gewalt als einziges Mittel zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen übrigbleibt. Diese Waffen müßten vielmehr »an der Quelle« überwacht werden, sei es in Rußland oder Nordkorea, bevor Terroristen sie sich aneignen könnten.

Hagel wiederum führt sieben Prinzipien an, die eine Republikanische Außenpolitik prägen sollten: (1) Amerikanische Führung in der Weltwirtschaft; (2) Internationale Energiepolitik; (3) Kooperation mit internationalen Allianzen und Institutionen; (4) Unterstützung von demokratischen und wirtschaftlichen Reformen; (5) stärkere Orientierung auf die westliche Hemisphäre; (6) Kampf gegen Armut und Seuchen; und (7) eine starke und kreative *Public Diplomacy*.

Was tun gegen Massenvernichtungswaffen?

Die von Berger geforderte frühzeitig ansetzende Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ist Thema eines Artikels von **Lee Feinstein** und **Anne-Marie Slaughter** in der Zeitschrift *Foreign Affairs*. Feinstein, Mitarbeiter des *Council of Foreign Relations*, und Slaughter, Direktorin der *Woodrow Wilson School of Public and International Affairs* an der *Princeton University*, verweisen auf eine internationale, vom UN-Generalsekretär angesichts der humanitären Katastrophen der neunziger Jahre ins Leben gerufene Kommission, die eine Doktrin mit dem Titel »The Responsibility to Protect« erarbeitet hat. Danach haben alle UN-Mitgliedstaaten die Verantwortung, Leben, Freiheit sowie grundlegende Rechte der Bürger zu schützen. Will oder kann ein Staat diesen Schutz nicht gewährleisten, soll – und hier betritt die Kommission völkerrechtliches Neuland – die internationale Gemeinschaft eingreifen. Mit dieser Option soll die evidente Lücke zwischen menschlichem Leiden in großem Maßstab und den in diesen Situationen in der Regel versagenden internationalen Krisenbewältigungsmechanismen geschlossen werden.

Die Normen der UN-Charta von 1945 sind nach Ansicht der Autoren heutigen Herausforderungen nicht (mehr) gewachsen. Konflikte spielen sich seit dem Ende des Kalten Krieges nicht vornehmlich zwischen Staaten ab, sondern innerhalb von Staaten (etwa in Form von Bürgerkriegen und als Folge von verstärktem Nationalismus) oder betreffen mit Herausforderungen wie AIDS, Klimawandel oder Waffenhandel alle Staaten gleichermaßen. Die Autoren weisen darauf hin, daß nicht bestimmte Staaten per se eine Gefahr darstellten, sondern eine kleine, meist überschaubare Führungselite in diesen Staaten. Ausgehend von diesen Überlegungen plädieren Feinstein und Slaughter für eine internationale Verantwortung für die Prävention *(duty to prevent)* gegen »geschlossene« Staaten, die Massenvernichtungswaffen besitzen. Im 21. Jahrhundert erfordere die globale Friedenssicherung einen eher proaktiven statt eines reaktiven Ansatzes. Drei Elemente charakterisieren diesen Ansatz:

Erstens zielt er darauf ab, nicht nur die Proliferation von Massenvernichtungswaffen zu kontrollieren, sondern auch die Staaten und Gruppen, die diese Waffen besitzen. Zweitens liegt der Schwerpunkt auf der Prävention; frühzeitiges Handeln soll die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen verhindern. Drittens sollte er von einer Staatengemeinschaft umgesetzt werden, möglichst in einer globalen oder regionalen Organisation. Hinsichtlich der Strategie gegenüber potentiellen Proliferatoren verweisen die Autoren auf ein weites Feld von Maßnahmen: diplomatischer Druck, Wirtschaftssanktionen, Anreize, juristische Konsequenzen, als letzte Option militärische Gewalt. Nicht eindeutig geklärt wird jedoch die Frage, welche der von den Autoren genannten Institutionen

(UN-Sicherheitsrat, Nato, regionale Organisationen) konkret zum Einsatz kommen soll bzw. wer über ihren Einsatz entscheidet. Feinstein und Slaughter dürften indes den weitreichendsten Vorschlag zum Thema formuliert haben, der eine größere Fachdebatte nach sich ziehen wird. Immerhin hat die EU im letzten Jahr eine Antiproliferationsstrategie angekündigt, beim letztjährigen G-8-Gipfel stand das Thema ebenfalls auf der Agenda.

Die Herausforderung der Hispanics

Berger wie Hagel haben eine Stärkung der Beziehungen zu den Staaten Lateinamerikas gefordert. Einem Aspekt dieser Beziehungen widmet sich **Samuel Huntington** von der Harvard University in seinem Artikel »The Hispanic Challenge« in der März/April-Ausgabe von *Foreign Policy* – die zentralen Thesen seiner Argumentation sind unter dem Titel »Who Are We?« inzwischen auch als Buch erschienen.

Die eingewanderten Gründungsväter der Vereinigten Staaten verfügten laut Huntington über eine anglo-protestantische Kultur mit verbindenden Elementen wie der englischen Sprache, dem christlichen Glauben und einem englischen Rechtsverständnis, das als Prinzip die Verantwortlichkeit der Führenden sowie individuelle Rechte umfaßt habe. In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts sieht Huntington diese Kultur bedroht durch Multikulturalismus und Diversifizierung, durch den Aufstieg von Gruppen, die sich ausschließlich nach Rasse, Ethnizität oder Geschlecht definierten und nicht durch die nationale Identität, und durch den Anstieg der Zahlen von Einwanderern mit zwei Staatsangehörigkeiten und damit zwei Loyalitäten. Als größte gegenwärtige Herausforderung identifiziert Huntington – er bezeichnet sich selbst als »Patriot«, der um die Wahrung der Einheit und Stärke seines Landes besorgt sei – die große Zahl an Einwanderern aus Lateinamerika, speziell aus Mexiko.

Der Autor kritisiert vor allem, daß sich die politische Diskussion auf wirtschaftliche Kosten der Einwanderung und deren Vorzüge konzentriere, dabei jedoch die sozialen und kulturellen Konsequenzen außer acht gelassen würden. Dies hätte zur Folge, daß Spezifika der Einwanderung von Hispanics nicht ausreichend beachtet würden. Sie unterscheide sich von früheren Einwanderungsbewegungen durch sechs Merkmale: (1) Zugang: früher erfolgte Immigration vorwiegend über den Seeweg, heute größtenteils über die Landgrenze der Vereinigten Staaten zu Mexiko; (2) Größenordnung: die jährlichen Einwandererraten lägen deutlich über denen früherer Einwanderungen; (3) Illegalität: etwa 69 Prozent der illegalen Einwanderer sollen Mexikaner sein; (4) Regionale Konzentration: Hispanics siedelten sich nur in wenigen Bundesstaaten an; (5) Dauerhaftigkeit: Einwanderung geschah früher in Wellen, das ließe sich derzeit nicht erkennen; und (6) Geschichte: laut Huntington könnten frühere Land- und Grenzstreitigkeiten zwischen den USA und Mexiko zu akuten Konflikten werden.

Huntingtons Kernfrage lautet: Werden die Vereinigten Staaten ein Land mit einer einzigen Sprache und einer anglo-protestantischen Hauptkultur bleiben? Sollten die Verantwortlichen diese Frage ignorieren, so prognostiziert Huntington, würden über kurz oder lang zwei Sprachen und zwei Kulturen in den Vereinigten Staaten dominieren.

Die Bevölkerungsgruppe der Hispanics zählt über 35 Millionen Mitglieder und macht damit etwa zwölf Prozent der amerikanischen Bevölkerung aus. Im Jahr 2000 haben die Hispanics erstmals die afroamerikanische Minderheit zahlenmäßig übertroffen. Für die nächsten Jahre ist ein weiteres Wachstum zu erwarten. Ihren Zuwachs haben die Hispanics jedoch bislang nicht politisch umsetzen können, wie **James A. Barnes** und **Richard E. Cohen** im *National Journal* schreiben. Nur 5,6 Prozent der Hispanics etwa haben an der Wahl 2000 teilgenommen. Waren die Demokraten

lange überzeugt, Hispanics würden automatisch Demokratisch wählen, so sahen sie sich in der Wahl 2000 eines Besseren belehrt: Der Republikanische Kandidat George W. Bush konnte knapp 35 Prozent der Stimmen der Hispanics gewinnen.

Kritik an Huntingtons neuen Thesen

Die Kritik an Huntingtons Thesen ließ nicht lange auf sich warten, und sie war massiv. Als ein Beispiel unter vielen mag **Alan Wolfe** gelten, der in *Foreign Affairs* darauf hinweist, daß einige von Huntingtons Prämissen falsch seien. So sei etwa die amerikanische Identität nicht ausschließlich vom Anglo-Protestantismus geprägt worden. Zudem habe es eine einheitliche anglo-protestantische Kultur nicht gegeben, diese sei vielmehr in sich vielgestaltig gewesen. Wolfe kritisiert insbesondere Huntingtons Gebrauch des Begriffes Kultur *(culture)* und gibt dem Begriff Bekenntnis *(creed)* den Vorzug. Eine Kultur sei ein »way of life«, der von einer ethnischen Gruppe geprägt worden sei, der sich alle anderen unterordnen müßten. Ein nationales Bekenntnis jedoch sei eine Summe prägender Ideen und als solches offen für alle, unabhängig von Glaube, Ethnizität oder Rasse. Barnes und Cohen weisen zudem nach, daß sich die Hispanics längst nicht mehr auf wenige Bundesstaaten oder Großstadtbereiche konzentrieren, sondern sich tendenziell in den Vorstädten fast aller Bundesstaaten niederlassen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380

Besprochene Aufsätze

Barger, Deborah G., It is Time to Transform, Not Reform, U.S. Intelligence, in: SAIS Review, 24 (Winter/Frühjahr 2004) 1, S. 23–31

Barnes, James A./Cohen, Richard E., The Manana Vote, in: National Journal, 4.6.2004

Berger, Samuel R., Foreign Policy for a Democratic President, in: Foreign Affairs, 83 (Mai/Juni 2004) 3, S. 47–63

Buchanan, Allen/Keohane, Robert O., The Preventive Use of Force: A Cosmopolitan Institutional Proposal, in: Ethics & International Affairs, 18 (2004) 1, S. 1–22

Campbell, Kurt M., The End of Alliances? Not So Fast, in: The Washington Quarterly, 27 (Frühjahr 2004) 2, S. 151–163

Feinstein, Lee/Slaughter, Anne-Marie, A Duty to Prevent, in: Foreign Affairs, 83 (Januar/Februar 2004) 1, S. 136–150

Hagel, Chuck, A Republican Foreign Policy, in: Foreign Affairs, 83 (Juli/August 2004) 4, S. 64–76

Huntington, Samuel P., The Hispanic Challenge, in: Foreign Policy, (März/April 2004) 141, S. 30–45

Marshall, Joshua Micah, Kerry Faces the World, in: The Atlantic, 294 (Juli/August 2004) 1, S. 108–114

Russell, Richard L., Intelligence Failures, in: Policy Review, (Februar/März 2004) 123, <http://policyreview.org/feb04/russell.html>

Wolfe, Alan, Native Son: Samuel Huntington Defends the Homeland, in: Foreign Affairs, 83 (Mai/Juni 2004) 3, <http://www.foreignaffairs.org/20040501fareviewessay83311/alan-wolfe/native-son-samuel-huntington-defends-the-homeland.html>